



## Presseinformation

### Studie

## **Öffentliche Verwaltung gibt fast 17 Milliarden Euro für Hightech aus**

### **Ob Computer, Handys oder Software – die öffentliche Verwaltung hat 2006 so viel für Hightech ausgegeben wie nie zuvor.**

Bund, Länder und Kommunen investierten insgesamt 16,6 Milliarden Euro in IT und Telekommunikation. Das ist ein Plus von 4 Prozent im Vergleich zu 2005. Damals lagen die Umsätze bei 16,0 Milliarden Euro. Für das laufende Jahr wird ein Anstieg von 3 Prozent auf 17,1 Milliarden Euro erwartet, wie der Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien (BITKOM) heute in Berlin mitteilte. Grundlage für die Angaben ist eine Untersuchung des Marktforschungsinstituts TechConsult. "Informations- und Kommunikationssysteme gewinnen in der öffentlichen Verwaltung immer mehr an Bedeutung. Das ist gut so. Denn ITK bildet das Rückrad eines modernen, leistungsstarken und effizienten Staates", sagte Jörg Menno Harms, Vizepräsident des BITKOM.

Am stärksten fragen Bund, Länder und Kommunen derzeit IT-Services nach. Dazu zählen unter anderem IT-Beratungsleistungen, aber auch das Outsourcing von IT-Systemen. Auf diesen Bereich entfielen allein 2006 etwa 6,2 Milliarden Euro. Für 2007 ist hier mit einem Zuwachs von weiteren 6 Prozent auf dann 6,5 Milliarden Euro zu rechnen. Die Ausgaben für Software (3,7 Milliarden Euro) sowie für Hardware wie Computer (2,4 Milliarden Euro) vervollständigen die Top-3 der meist nachgefragten Hightech-Produkte und -Dienstleistungen in 2006.

Zu einem zentralen Thema für die öffentliche Verwaltung haben sich insbesondere elektronische Bürgerdienste entwickelt. Möglichst viele Behördengänge sollen sich online erledigen lassen.



## Presseinformation

So nimmt beispielsweise die Polizei in 10 der 16 Bundesländer inzwischen Strafanzeigen auch per Internet entgegen. Als Vorreiter gilt Nordrhein-Westfalen. Dort sind seit März 2004 mehr als 60.000 Strafanzeigen online eingegangen. Trotz dieser ersten Erfolge: Insgesamt haben Deutschlands Ämter noch Nachholbedarf. Das belegt eine Studie im Auftrag der Europäischen Kommission zu den Internet-Diensten der öffentlichen Hand aus dem vergangenen Jahr. Im Vergleich der 15 EU-Kernländer landet Deutschland dabei auf dem 13. Platz. Nur Griechenland und Luxemburg schneiden in der Studie schlechter ab. Harms: "Elektronische Dienste sparen Kosten und verbessern den Service für Bürger. Eine Chance, die wir in Deutschland noch stärker nutzen müssen".

Weitere Informationen: [www.bitkom.org](http://www.bitkom.org)